

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 116

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 45,— monatlich M. 15,—

Halver
Donnerstag, den 18. Mai 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 60 Pfg., auswärts 70 Pfg., im Restameil 1 mm hoch 90 mm breit 8.00 M., Offerten-Befragung 8.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Teilnehmer der Genua Konferenz werden in den letzten Tagen dieser Woche Genua verlassen. Der Reichszustler will auf der Rückreise der bayerischen Regierung einen Besuch abstatten.
- * Minister Hermes soll der Reparationskommission in Paris anstatt 60 Milliarden neuer Steuern angeblich den Vorschlag einer inneren Anleihe von gleicher Höhe unterbreitet haben.
- * Die Frage der Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerverbund soll bei der nächsten Tagung des Völkerverbundes am 4. September noch nicht behandelt werden.
- * In Genf wurde das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien unterzeichnet, wobei Minister Schiffer die Rechtsverwahrung Deutschlands gegen die Zerstückung des Landes ausdrücklich wiederholte.
- * Die Amerikaner haben die Teilnahme an der Konferenz im Haag zur Beratung der russischen Frage abgelehnt.

Abschied von Oberschlesien.

Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien, das, wie festgestellt war, am 15. Mai unterzeichnet worden ist, bedeutet, wie Reichsminister a. D. Schiffer dem deutschen Volk aus der Seele gesprochen hat, den letzten Akt einer Tragödie, die vielleicht in der Geschichte noch einmal ihre Fortsetzung finden wird. Ebenso einig ist das deutsche Volk in der Rechtsverwahrung, die bei der Unterzeichnung des Abkommens wiederholt und bekräftigt werden mußte. Der Spruch des Völkerverbundes, durch die Völkerverbundkonferenz zum Vortrat erhoben, ist Unrecht und schlimme Saat. Darin wird nichts geändert, das Abkommen, von beiden Parteien anerkannt, dem Untergang des vordem blühenden Industrielandes vorbeugen soll, zu dem auf deutscher Seite die Liebe zu dem eigenen Geschöpf die Friesfeder bildet, für Polen der Vorteil. Gerade in diesem Augenblick, da das Abkommen unterzeichnet wurde, muß mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden, daß Oberschlesien nur durch deutschen Geist und deutsche Arbeit das Land geworden ist, auf das sich polnische Habgier gestürzt hat, als Deutschland seine schwächste Stunde durchlebte. Deshalb bleibt der Verlust Oberschlesiens eine brennende Wunde am tranken deutschen Volkstörper, und was wir selbst in der Zeit der tiefsten Erniedrigung nicht als Recht anerkannt haben, können wir auch beim Wiederaufbau nicht vergessen. Oberschlesien ist der schärfste Ausdruck des Unrechts dieses Friedens geworden, der den Zwist verewigt hat.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten, die am 23. November vorigen Jahres begannen, sind äußerst schwierig gewesen und drohten mehrfach zu scheitern. Wenn man jetzt von einer „befriedigenden“ Lösung spricht, so kann man damit nur meinen, daß halbwegs das erreicht worden ist, was nach der unheilvollen Zerstückung des Landes noch zu erreichen möglich war. Deutschland hatte außerdem allen Grund zum Mißtrauen gegen den tschechischen Sachverständigen Podacz, der bereits bei der Entscheidung des Völkerverbundes eine unheilbringende Rolle gespielt hat. Man war in einer Zwangslage. Die Entscheidung der Entente bedeutete Vernichtung Oberschlesiens, Deutschland aber konnte es nicht verantworten, für das Land zu seinem politischen Unglück noch ein wirtschaftliches hereinschleppen zu lassen. Die Blüte des zerstörten Landes zu erhalten, ist nicht möglich, Oberschlesien kann nur umgeteilt zu werden, wie es unter deutscher Herrschaft und bei deutscher Ordnung geworden ist. Aber der völlige Verfall mußte vermieden werden und hierauf erstreckten sich die dankenswerten Bemühungen der deutschen Unterhändler.

Die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens war ein ergreifendes Schauspiel für sich. Selbst der neutrale Präsident, der Schweizer Bundesrat Calonder konnte nicht umhin, die obereschlesische Frage als eine der schmerzlichsten zu bezeichnen, die der Friedensvertrag aufgeworfen habe. Nach ihm fand Reichsminister a. D. Schiffer den richtigen Ton für den grausamen Akt, den er vollziehen mußte. Er übte noch einmal berechnete Kritik an der Entscheidung des Völkerverbundes, der es nicht einmal für nötig erachtet hatte, im Lande selbst die Lage zu studieren. Er trat auf den Boden der Versöhnlichkeit der Völker, aber Oberschlesiens Schicksal sei nicht dazu angehtan, Brücken zwischen zwei Nachbarn zu schlagen. Unmöglich und unwürdig, so führte er aus, wäre es, hier nicht die Wahrheit zu reden, nicht die Rechtsverwahrung, die Deutschland gegen den Zwang eingelegt hat, in vollem Umfang aufrecht zu erhalten und zu bekräftigen, und wenn er seinen Blick in die Zukunft richtete, so wolle er damit nicht das Unrecht unterstellen, wenn er Recht verlangt, so weiß ein jeder Deutscher, was das bedeutet. Und auf das Verlangen nach dem Recht gründet sich unser ewiger Anspruch auf Oberschlesien, der auch mit diesem Abkommen nicht erlischt.

Anders war die Rede des polnischen Bevollmächtigten, Minister Olkowski. Er lehrte den Nachstandspunkt hervor, rühmte das Unrecht und betrachtete es als endgültige Lösung. Doch die Weltgeschichte wird noch ihr Urteil zu sprechen haben. Oberschlesien ist zum Symbol geworden für die deutsche Schwäche, daselbe Land muß zum Symbol werden für den deutschen Aufstieg, an den wir alle letzten Endes trotz aller Not glauben. Unsere Beziehungen mit Polen können „normal“ werden, sie müssen es werden, weil anders die notwendige Zusammenarbeit unmöglich wird. Deutschland will auch weiter für sein Kind Oberschlesien alles leisten, was in seiner Kraft steht. Nicht umsonst aber fürchten die Alliierten für den dauernden Bestand der in Versailles festgelegten Landesgrenzen. Man braucht dabei nicht an eine Lösung der Gewalt zu denken, aber die Natur hat andere Mittel, Unnatürliches zurückzubilden, und das Unnatürliche der obereschlesischen Zerstückung ist auf die Dauer nicht mit einer natürlichen Weiterentwicklung zu vereinen.

Calonders fernere Tätigkeit.

Die beiden Bevollmächtigten an den deutsch-polnischen Verhandlungen haben Herrn Felix Calonder, den bisherigen Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz, zum Vorsitzenden der gemischten internationalen Kommission vorgeschlagen, die nach dem deutsch-polnischen Vertrag für die ersten 15 Jahre in Oberschlesien vorgehen ist. Zum Vorsitzenden des Gemischten Schiedsgerichtshofes schlugen sie den Holländer Professor Katenbeek vor, der bisher das Redaktionskomitee für die Redaktion des Vertragstextes leitete und als einer der besten und gründlichsten Kenner des Abkommens und seiner Ziele gilt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Anspach und die Bolschewisten.

Zu der Unterzeichnung der Fälschungen Anspachs wird neuerdings bekannt, daß schon im Jahre 1919 der englische General Malcolm, damals englischer Geschäftsträger in Berlin, die Vermutung geäußert hat, daß Fälschungen, wie sie jetzt entdeckt worden sind, den Franzosen zugetragen wurden. General Malcolm hatte sich durch Besprechungen mit Noske überzeugt, daß die deutsche Regierung keinen Revanchekrieg plane, und er wollte durchaus erreichen, daß Deutschland genügend militärische Kräfte zur Abwehr des Bolschewismus belassen würden. Malcolm hatte davon gehört, daß den Franzosen deutsche Dokumente vorlägen, die zu den Äußerungen Noskes im vollkommenen Widerspruch ständen. Der englische General war der Ansicht, daß diese Dokumente gefälscht seien, und zwar von Agenten der Moskauer Sowjetregierung. Tatsächlich hat Anspach von Anfang an in nahen Beziehungen zu den Berliner Vertretern der Moskauer Sowjetregierung gestanden. Die Enthüllung seiner Fälschungen scheint nachträglich die Vermutungen des Generals Malcolm zu bestätigen.

Das ReichsKnappheitsgesetz.

Der Reichsrat hat den Entwurf eines ReichsKnappheitsgesetzes angenommen. Der Gesetzesentwurf bezweckt, das bisher landesgesetzlich geordnete Knappheitswesen, d. h. die besondere Versicherung der Vergleute und ihrer Angehörigen gegen die Folgen der Berufsunfähigkeit, Krankheit und Todesfall nunmehr reichsgesetzlich zu regeln. Träger der Versicherung soll ein einheitlicher ReichsKnappheitsverein sein, der unter Aufsicht des Reichsarbeitsministers steht und sich seine Verfassung durch eine Satzung gibt.

Die Umsatzsteuer im besetzten Gebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat hinsichtlich der Befreiung der Besatzungsangehörigen von der Umsatzsteuer im Falle des Kaufes beim Hersteller folgendes bestimmt: Die Befreiung von der Umsatzsteuer beim Kauf vom Hersteller kann von den Mitgliedern der Rheinlandkommissionen und von den Besatzungsarmeen nicht beansprucht werden, wenn diese gelegentlich einer Reise in das unbesetzte Gebiet Gegenstände, die dieser Steuer unterliegen, durch Kauf erwerben. Anders verhält es sich beim Kauf im besetzten Gebiet und in dem Falle, daß die Gegenstände durch eine im unbesetzten Gebiet gelegene Firma an Hand eines im besetzten Gebiet ansässigen Verkäufers geliefert werden.

Frankreich.

Die Provinzialwahlen. Die Ergebnisse der Generalratswahlen lassen, obwohl noch 164 Stichwahlen vorzunehmen sind, doch schon eine leichte Verschiebung nach links erkennen. Die bisher vorliegenden Zahlen sind: Konservative: vor der Wahl 122, nach der Wahl 104; Republikaner (demokratisch-republikanische Orientierung): 213 bzw. 215; Linkerepublikaner: 518 bzw. 475; Radikale und Radikal-Sozialisten: 437 bzw. 413; Republikanische Sozialisten: 65 bzw. 59; Sozialisten: 64 bzw. 41; Kommunisten: 21 bzw. 47. Drei Ergebnisse fehlen noch, dazu 164 Stichwahlen. Die Verurteilten der Schwarzen Meer-Flotte, Marth und Valmier, sind als kommunistische Kandidaten gewählt worden, Badina, der dritte Verurteilte, steht in Stichwahl. Poincaré wurde in seinem Kanton mit 1007 Stimmen bei 1014 Abstimmenden gewählt.

Rußland.

Verleumdungen aus politischen Gründen. Das Hilfskomitee für das hungernde Rußland veröffentlicht einen Protest an den Senat gegen die völlig falschen Nachrichten über Plünderung der Lebensmittellieferungen in Rußland. Das Komitee weist darauf hin, daß die Angriffe gegen das Hilfswerk zum Teil ihren Grund haben in der Gegnerschaft „gewisser Länder“ gegen den Vertrag von Rapallo. Das Komitee spricht sein Bedauern aus, daß derartige Motive das Hilfswerk beeinträchtigen.

Aus In- und Ausland.

München. Der französische Gesandte in München hat einen „Urlaub“ angetreten, der mit den Fälschungen des Freiherrn Leopold von Tschadow in Verbindung gebracht wird.

London. Einer Blättermeldung zufolge wird das Mitglied des englischen Parlaments John Murray nach Deutschland abreisen, um eine Untersuchung über die wirtschaftliche Lage des Landes anzustellen.

London. Chamberlain erklärte im Unterhause, daß keine Vorbereitungen in Frankreich zur Mobilisierung von Truppen getroffen worden seien, um die Befreiung deutschen Gebietes auszuüben, wenn die fälligen Reparationen nicht bis zum 31. Mai bezahlt werden.

Kiew. Das „Oberste Gericht der Ukraine“ hat den linken Sozialrevolutionär Paschutinski, der die Ermordung des deutschen Feldmarschalls von Eichhorn in Kiew eingestanden hat, zum Tode verurteilt.

Deutscher Reichstag.

(211. Sitzung.) C.B. Berlin, 16. Mai.
Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wurde heute die zweite Lesung des

Posthaushalts

fortgesetzt. Zuerst sprach der Abg. Dr. Reich (Bayer. Vp.), der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß der Reichspostminister den Mut gefunden habe, Stellung gegen die Zentralisierung zu nehmen. Damit müsse fortgefahren werden. Vor Schablonisierung müsse sich die Verwaltung hüten. Die volle Sonntagsruhe im Postbetriebe sollte, wie in Bayern, im ganzen Reich durchgeführt werden. In der Erhöhung der Gebühren sei nicht das Alibi mittel gegen den Fehlbetrag zu erblicken. Der Minister sollte sich die russischen Postgebühren zum abschreckenden Beispiel nehmen. Weiter bemängelte der Redner, daß die Postverwaltung Gebühren für Leistungen nimmt, die sie nicht ausführt. So sei es ungerecht, 1,35 Mark bei der Selbstbestellung zu zahlen. Ebenso sei es unmöglich, daß die Postverrichtungen zu müssen. Ebenso sei es unmöglich, daß die Postverwaltung für die Nachfrage nach postlagernden Briefen, auch wenn keine da sind, sich 3 Mark bezahlen läßt.

Reichspostminister Siebserts erwiderte: Gegen die allgemeine Sonntagsruhe ist von der ländlichen Bevölkerung scharfer Widerspruch zu erwarten. Der Bauer hat in der Woche keine Zeit, seine Zeitung zu lesen und will sie am Sonntag früh erhalten. Die Frage des Wegfalls der Nebengebühren wird geprüft werden.

Abg. Bruhn (Deutschnall.): Gegenüber den sozialdemokratischen Behauptungen, daß der letzte Reichstag des kaiserlichen Deutschland die Gebühren nicht rechtzeitig erhöht habe, stelle ich fest, daß das kaiserliche Deutschland mit einem Überschuss des Postwesens von 100 Millionen zu rechnen hatte. Das schuf dem Reichstag waren mit der Post so zufrieden, Publikum und der Reichstag waren mit der Post so zufrieden, daß eine Kritik nicht einmal aufkam. Heute dagegen herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Post. Bei einem Paletpostamt habe ich gefunden, daß von 1500 Hilfskräften 300 wegen Erkrankung fehlten. Das wäre in einem geordneten Betriebe unmöglich. Fernsprech- und Telegraphenleitungen müssen erweitert werden. Hunderte von Gesprächen müssen täglich gestrichen werden, weil die Verbindung nicht hergestellt werden kann. Die Streichung der Oberpostdirektionen Opheln, Nachen und Gumbinnen mache ich nicht mit. Wir müssen auf die Stimmung der Bevölkerung in den gefährdeten Gebieten Rücksicht nehmen und nicht den Anschein erwecken, als ob das Reich dort selber schon abbaue.

Staatssekretär Tensde verteidigte die Erhebung höherer Beamten durch weniger vorgebildete Beamte. Nach einer entsprechenden Übergangszeit würden die bisherigen Unterbeamten auch im Exalterdienst ihre Arbeit zur vollen Zufriedenheit leisten.

Abg. Seydel (Soz.) bemängelte die Verwundung von überwiegend weiblichen Beamten beim Postwechselverkehr. Man hätte statt der 50- bis 60-jährigen alten Herren jüngere bewegliche Amtsgenossen nehmen sollen. Der Posthilfsdienst ist immer noch so groß wie zur Zeit des Posthilfsboten Sabels. (Heiterkeit.) Auf einem Amt in Breslau wurde eine Beamtin aufgefordert, nicht so ausgeputzte Blusen und nicht so kurze Röcke zu tragen. Es gibt also doch noch feinsche Postbeamte, bemerkte der Redner unter der Heiterkeit der Abgeordneten.

Staatssekretär Tensde bemerkte, es werde alles geschehen, um die obereschlesischen Postbeamten ihren Wünschen entsprechend unterzubringen. Bei der Behandlung der mittleren und unteren Beamten werde nicht ein anderer Maßstab angelegt als bei den höheren Beamten.

Staatssekretär Dr. Dredow teilte mit, an dem automatischen Telefonwesen wird dauernd gearbeitet. In den letzten zwei Jahren sind bereits wesentliche Erfolge erzielt worden. Die Drahtziehstärke der Schablonen die Verwaltung jährlich um viele Millionen und geben in 20 von 100 Fällen Anlaß zu Betriebsstörungen. Die Diebstähle gehen soweit, daß eine eigene Linienchutzorganisation in Verbindung mit der Polizei eingerichtet werden sollte.

Abg. Hoffmann (U. Soz.) bemerkte, daß die Postverwaltung die Ängste der mittleren und unteren Beamtenschaft nicht hinreichend berücksichtigt und dadurch die größte Unzufriedenheit verursache. Zum Schluß empfahl der Redner eine Entschließung, wonach Bilder und Büsten des früheren Kaisers aus den Diensträumen und Sitzungszimmern der Reichspost zu entfernen, in der allgemeinen Dienstanweisung alle Bestimmungen für die „höchsten Herrschaften“ zu streichen und das Wort „Kaiserlich“ aus allen Bordruden zu beseitigen sei.

Damit schloß die allgemeine Aussprache. Bei der Besprechung der Entschließung empfahl der Abg. Goetsch-Ossens (Komm.) nochmals die Entschließung, betreffend monatlich festzusetzende Zustellungsgebühren für Zeitungen.

Nachdem der Minister Siebserts erklärt hatte, daß die Wünsche der Presse erneut geprüft werden sollen, wurde die Entschließung abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Hergt (Deutschnall.) auf Berücksichtigung der Bedürfnisse des platten Landes, ebenso ein Antrag Marx (Betr.) auf Umwandlung einzelner Stellen der Gruppe 6 in Gruppe 7. Die von den Unabhängigen beantragte Entschließung auf Wiederherstellung der wegen unehelicher Mutterchaft entlassenen Beamtinnen wurde dem Reichsausschuß überwiesen. Die von den Unabhängigen beantragte Entschließung, die Bilder und Büsten des früheren Kaisers aus den Diensträumen zu entfernen usw. wurde mit den Stimmen der Linken und einiger Demokraten angenommen.

Hieran schloß sich die Einzelberatung, bei der verschiedene Wünsche geäußert wurden und die noch geraume Zeit in Anspruch nahm.

Preussischer Landtag.

(186. Sitzung.) H. Berlin, 16. Mai.
Im preussischen Landtag kam heute die Auslieferung des Italiensers Voltrini zur Sprache, die wegen einer Mordanklage auf Ersuchen der italienischen Regierung erfolgt ist.

Der Kommunist Abg. Dr. Meber begründete einen Antrag, der gegen die Auslieferung Voltrinis protestiert und die Regierung ersucht, die jetzt noch in Berlin und Bochum befindlichen italienischen Revolutionäre Ghajzi und Bachi nicht auszuliefern.

Abg. Dr. Regenborn (Deutschnall.) suchte nachzuweisen, daß das Bombenattentat Voltrinis nicht ein politisches, sondern ein gemeinsames Verbrechen gewesen sei. Er wird dabei häufig durch lärmende kommunistische Rundgebungen unterbrochen.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärte das Bedauern darüber, daß Deutschland noch an Auslieferungsverträge aus früherer Zeit gebunden sei.

Abg. Leitz (U. Soz.) erklärte, seine Fraktion nichtbillige Bombenattentate, werde aber für den kommunistischen Antrag stimmen.

Minister des Innern Severing
erwiderte, die Auslieferung Goldgrün sei durch die Reichsregierung erfolgt ohne Zustimmung der preussischen Regierung. Für die Zukunft werde dafür gesorgt werden, daß in Auslieferung Angelegenheiten der preussischen Regierung die entscheidende Mitwirkung nicht unmöglich wird. Wir können uns nur auf den Boden der absoluten Rechtsgleichheit stellen und müssen deshalb die ausländischen Kommunisten und Konarhisten gleich behandeln.

Der kommunistische Antrag wurde gegen die Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Dann wurde die zweite Beratung des Vergeßrats fortgesetzt.

Haag ohne die Amerikaner?

Die Russen verlangen Bedenkzeit.

Der Kernpunkt der Eröffnungen, welche die Alliierten in Genua den Russen in Beantwortung ihres Gegenmemorandums gemacht haben, war die Mitteilung von einer neuen Konferenz im Haag, auf der Ende Juni die russische Frage gesondert verhandelt werden soll. Bis dahin sollten sich die Russen verpflichten, von jeder Art Angriff auf andere Staaten abzusehen. Die Russen haben diese Vor schläge entgegengenommen, sich aber erst einmal Bedenkzeit auserbeten. Die wichtigste Veränderung, die Haag gegenüber Genua aufweisen sollte, war die geplante Teilnahme der Amerikaner. Nun ist aber in Genua eine inoffizielle Mitteilung Amerikas eingetroffen, in der Amerika erklärt, es sei ihm nicht möglich, auf Grund der am 11. Mai von den Russen erteilten Antwort sich an der Sachverständigenkonferenz im Haag zu beteiligen. Es folgt dann eine sehr lange Auseinandersetzung über

die Gründe für diese Absage.

Amerika habe an der Konferenz von Genua nicht teilgenommen, und da die Haager Konferenz eine Fortsetzung der Genuaer sei, so sei es Amerika nicht möglich, sich an den Verhandlungen im Haag zu beteiligen. Amerika sei aber bereit, eine Studienkommission nach Russland zu schicken, und sei ferner dazu bereit, in eine Disputation über die russische Frage einzutreten. Ferner wird gesagt, daß die russische Regierung sich nicht in die Machenschaften der Alliierten einzumischen wünsche, in einem Augenblick, in dem man die neue Lage als ein Verwickelungsspiel betrachte, das den augenscheinlichen Fehlschlag der Konferenz von Genua maskieren solle.

Vor der Abreise.

Der Ausbruch der Konferenzteilnehmer von Genua ist bereits in vollem Gange, obwohl die letzte Plenarsitzung noch nicht stattgefunden hat. Die deutsche Delegation wird, wie verlautet, wahrscheinlich am Freitag in einem Sonderzuge von Genua nach Berlin zurückkehren. Reichskanzler Dr. Brüning beabsichtigt, auf der Rückreise in München Aufenthalt zu nehmen, um den dortigen Regierungsstellen einen Besuch abzustatten. Reichswirtschaftsminister Schmidt wird schon am Mittwoch abreisen, um bei der Beratung seines Staats im Reichstag anwesend zu sein. Die Franzosen wollen Genua am Mittwoch oder Donnerstag verlassen, Lloyd George wird am Sonnabend fahren.

Die große Schuldfrage.

Die Akten des Berliner Auswärtigen Amtes.
Schon vor drei Jahren hat das Auswärtige Amt beschlossen, die Archive selbst sprechen zu lassen, um festzustellen, was an der „Reinigung“ Deutschlands Wahres ist. Drei Gelehrte sind mit der Untersuchung der Geheimakten betraut: Dr. Albrecht Wendelsjohn-Bartholdy, Dr. Johannes Lepsius und Dr. Friedrich Thimme. Die Herren erhielten den Auftrag, völlig unparteiisch zu Werke zu gehen; das Aktenwerk, das die Frucht der Arbeit sein wird, soll ohne Rücksicht darauf zusammengestellt werden, ob eine Veröffentlichung das Vaterland im günstigen oder ungünstigen Lichte zeigt. Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß ein solcher Auftrag erteilt wird. Auch ist zu bemerken, daß die geheimsten Archive des Auswärtigen Amtes durchforstet werden; sogar die Geheimdokumente, die selbst den Geheimräten und Ministerialdirektoren verschlossen und nur dem jeweiligen Staatssekretär selbst zugänglich waren (Dienstamtsweisungen, diplomatische Berichte der Militär- und Marineattachés u. dgl.) werden aus Tageslicht gezogen.

Das ganze Werk, das die deutsche Regierung dem Urteil der Welt überreicht, dürfte mindestens 20 Bändchen umfassen.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten)

— und Ottomar nicht ganz einundzwanzig! — Sie sind Oesterreicherin?

„Ja, in Innsbruck geboren. Doch weshalb fragen Sie?“ — Sie —

— und in England haben Sie Ihre Ehe geschlossen?“

„Wenn Sie das alles schon wissen, wozu die unnützen Fragen?“ beehrte sie ungeduldig auf.

Er beachtete ihren Einwurf nicht.

„Ihre Eltern waren mit Ihrer Heirat nicht einverstanden. Heimlich hatten Sie das Vaterhaus verlassen, um meinem Bruder zu folgen, und auch später ist es Ihnen nie gelungen, noch nachträglich die Einwilligung Ihrer Eltern zu erlangen, trotzdem —“

„Ja, trotzdem Sie nur einfache Gastwirtsleute waren, und mein Mann ein Graf,“ fiel sie ihm ins Wort, nicht ahnend, worauf er hinaus wollte, „wir haben auch unseren Bürgerfolz, Herr Graf, und meine Eltern hatten mich genügend gewarnt vor dem jungen Künstler, der bei uns wohnte und dem ich gar wohl gefiel. Meine Eltern sagten immer, das tut nicht gut, ich würd's einmal bitter bereuen —“

— und unversöhnt mit mir?“ — „Also auch ich habe Opfer gebracht, Graf Altwörden, ich habe mich von allem losgerissen, was mir teuer war — um einer großen Liebe willen — und habe

darum die Heimat verloren — nie habe ich sie wieder zu sehen bekommen —“

„Wenn Sie Ottomar wirklich lieben, müssen Sie noch mehr Opfer bringen —“

„Noch mehr? Was kann ich noch mehr tun, als ich schon für ihn getan habe?“ fragte sie mit müdem Lächeln.

— Das letzte — ihn freigeben!“

Schallend lachte sie da auf, ein böses, nervöses Lachen.

„Ich bin nicht aufgelegt zum Scherzen. Graf Al-

stark sein. Wie ein Mitarbeiter der Boffischen Zeitung mitteilt, soll die Herausgabe der ersten 6 Bände in Bälde erfolgen.

Die Dokumente werden, das kann schon jetzt gesagt werden, mit manchen historischen Feinheiten, die sich jahrelang gehalten haben, gründlich aufgeräumt. Dahin gehört die Behauptung, daß Bismarck in den sechziger Jahren einen neuen Krieg mit Frankreich geplant habe, um das Nachbarvolk völlig zu zertrümmern. Im Gegenteil beweisen Bismarcks Dienstamtsweisungen an die Gesandten im Auslande immer wieder seine strikte Friedenspolitik. Die Notenwechsel zeigen auch Bismarcks energisches Bestreben, die englisch-russische Kriegsgefahr zu bannen. In den achtziger Jahren finden dann Annäherungsversuche an England und Frankreich statt. Später sehen wir Bismarck am Werke, um Spannungen zwischen Rußland und Österreich zu beseitigen.

Interessant dürfte die Stellungnahme Bismarcks zu dem jungen Kaiser Wilhelm II. sein, eine Ergänzung zum dritten Teil von Bismarcks Erinnerungsbuch. Und schmerzhaft werden wir die Fiktion des neuen Kurses noch einmal im klaren Lichte der Geschichte erleben.

Neues von der Zwangsanleihe.

Berlin, 16. Mai.

Zu den bereits bekannten Grundzügen des Gesetzeswurfs über die Zwangsanleihe werden in der Berliner Presse noch eine Reihe interessanter Einzelheiten bekannt, von denen folgendes besonders beachtenswert erscheint:

Der Entwurf sieht für den Fall, daß das endgültige, am 31. Dezember 1922 festgesetzte Vermögen das selbst eingeschätzte wesentlich übersteigt, eine besondere „Abgabe“ vor. Diese „Abgabe“ soll, je nachdem das endgültige Vermögen das selbst eingeschätzte um das Einfache, Zweifache, Dreifache oder mehr übersteigt, 40 bis 70 Prozent des Unterschiedes zwischen dem selbst eingeschätzten und dem endgültig zu zeichnenden Zwangsanleihebetrag ausmachen. Zunächst soll die Abgabe nur dann erhoben werden, wenn das endgültige Vermögen die Selbst einschätzung um mehr als ein Drittel übersteigt. Wenn also das vorläufige Vermögen 300 000 Mark, das endgültige 400 000 Mark beträgt, kommt eine Abgabe noch nicht zur Erhebung. Bekanntlich soll der Gegenwert der Anleihe eine Militärkassenschein betragen. Der Entwurf legt nun 60 Milliarden Papier als den durch die Zwangsanleihe aufzubringenden Betrag zugrunde. Wenn man von einer Gesamtsumme von 1200 Milliarden für die abgabepflichtigen Vermögen ausgeht, würde der Durchschnittssatz etwa 5 Prozent betragen müssen, um einen Ertrag von 60 Milliarden zu erzielen. Auf dieser Grundlage ist der Entwurf aufgebaut. Die Zwangsanleihe wird vom 1. November 1925 an durch Rücklauf zum Börsenkurs oder durch Auflösung zum Nennwert getilgt. Die Ansichten über ihre spätere Bewertung gehen weit auseinander. Der Börsenkurs wird, wie man glaubt, 30 Prozent zum übersteigen, und eine Valutaklausel dürfte für alle Fälle nicht unangebracht sein, damit das Reich nicht in späteren Jahren einmal gezwungen ist, die Anleihe von valutakursigen Auskäufern mit besserem Gelde zurückzuzahlen.

Neben diesen Teilveröffentlichungen wird man selbstverständlich die amtliche Veröffentlichung des noch nicht verfassungsmäßig erledigten Entwurfs abzuwarten haben. Nach den Mitteilungen eines Nachrichtenbureaus soll beabsichtigt sein, die Zwangsanleihe nach neuen Gesichtspunkten durchzuführen. Bisher sollten Vermögen bis zu der Höhe von 250 000 Mark von der Zwangsanleihe verschont bleiben. Nach dem neuen Entwurf sollen bereits 100 000 Mark die Grenze für die Steuerfreiheit bedeuten. Zweitens sollte die Grenze der Höchstbelastung mit 10 Prozent erst bei 20 Millionen erreicht werden, nach dem neuen Entwurf bereits bei einer Million Mark.

Lotales und Provinzielles.

Salver, den 18. Mai 1922.

□ Die Feriensonderzüge dieses Sommers. Die Reichsbahn legt auch in diesem Jahre eine große Zahl von Ferien-sonderzügen zu ermäßigten Fahrpreisen ein. 278 solcher Feriensonderzüge sind einstweilen für die Monate Juni, Juli und August vorgesehen worden. Nach Süddeutschland (und zurück) führen Sonderzüge, die in fast allen bedeutenden Verkehrszentren beginnen und eine große Zahl von Städten berühren; sie bringen die Reisenden nach Basel, Konstanz, Stuttgart, München, Friedrichshafen, Freiburg und Frankfurt a. M. Insgesamt handelt es sich bei diesem Verkehr mit Süddeutschland um 103 Züge. Weitere 30 Züge vermitteln den Verkehr aus allen Gegenden Deutschlands mit Hamburg, Bremen und den Nordseebädern; 62 Züge versuchen, dem Verkehr nach Berlin und der Ostsee bis nach Königsberg hin zu genügen.

worden! Verlangt man das wirklich von mir, von seiner ihm rechtlich angetrauten Frau —?

„Das eben sind Sie nicht, sind Sie nie gewesen! Darum handelt sich ja alles.“

Sie starrte ihn an, als habe sie ihn nicht recht verstanden.

„Sind Sie von Timen?“ rief sie leuchtend, und unwillkürlich hob sich ihre Hand, wie, um sich durch einen Schlag für diese schmachvolle Verächtlichung zu rächen.

„Ihre Ehe ist ungültig von Anfang an gewesen, da Sie als Oesterreicherin ohne Einwilligung der Eltern vor Ihrer Mündigkeit im Ausland geheiratet haben. Sie mögen ja in gutem Glauben gewesen sein —“

— doch diese Papiere hier werden Sie eines anderen belehren.“ Er legte einige Schriftstücke vor sie hin, die sie mit bebenden Händen beiseite schob. Sie neigte sich gegen ihn, und ihre Augen bohrten sich förmlich in sein Gesicht.

„Und diese unsere Gesetzesunkennnis benutzt man jetzt nach fünfzehn Jahren dazu, uns zu trennen? Verneint sie als Machtmittel, als Drohung, mich Ihren Wünschen gesüßig zu machen? Oh, pui über diese Schändlichkeit! Damit kann mein Mann doch unmöglich einverstanden sein! Was sagt denn er dazu? Sprechen Sie aber die Wahrheit, Graf Altwörden!“ rief sie fast drohend.

Er zögerte mit der Antwort; er schämte sich für seinen Bruder — denn seine Worte würden der atemlos lauschenden Frau den Todesstoß versetzen.

„So reden Sie doch, Graf Altwörden —“ und gierig hingen ihre Augen an seinen Lippen.

„Ottomar erkennt das Gesetz an; er fügt sich ihm,“ sagte er, doch er sah sie dabei nicht an.

Ein Schrei hallte gellend durch das Zimmer. „Was? Das ist doch nicht wahr, kann doch nicht wahr sein! Er kann mich und damit seine Kinder doch nicht mit Schmach bedecken wollen?“ Sie rüttelte ihn am Arm.

„Seien Sie doch barmherzig, Graf Altwörden, ich habe Ihnen doch nie etwas zu leide getan, sagen Sie doch, daß das nicht möglich ist —“

Er war erschüttert von ihrem Schmerz — doch er konnte auch nicht helfen. Er nahm einen Brief aus seiner Brusttasche. „Hier, den hat mir Ottomar für Sie mitgegeben —“

In das Riesengebirge führen 14 Sonderzüge, in der Hauptsache in Berlin, Breslau und Stettin beginnend, mit dem Ziel: Oberschlesien und Krummhübel. 7 Züge führen nach dem Glaser Gebirge mit dem Ziel Glatz, Audowa und Sande. 4 Züge vermitteln den Verkehr nach Sachsen und dem Erzgebirge (Schandau und Dresden). 13 Züge führen aus dem Westen Deutschlands, von Hamburg, Bremen, Stettin, Berlin, Breslau und Kattowitz in die Thüringer Berge nach Erfurt, Eisenach und Schwarzburg. 19 Züge sind für den Fernverkehr nach dem Harz vorgesehen, die von Stettin, Bremen, Hamburg und Berlin nach Bad Harzburg, Halberstadt, Nordhausen und anderen Orten des Harzes verkehren. Dem Verkehr nach dem Sauerland dienen 6 Züge. Außer diesen Zügen verkehren innerhalb der landwirtschaftlich besonders hervorragenden Gegenden 7 Züge im inneren bayerischen Verkehr zwischen München, Nürnberg, Bamberg und Lindau, 2 Züge führen von der bayerischen Pfalz (Kaiserlautern und Ludwigshafen) nach München, und 6 Züge dienen dem inneren bayerischen Verkehr und führen von Mannheim nach Konstanz und Waldshut.

— Bei der staatlichen Schutzpolizei in Dortmund werden Beamte als Polizei-Unterwachstmeister nach den gesetzlichen Bestimmungen eingestellt. Bewerber haben folgende Papiere vorzulegen: 1. selbstgeschriebenen Lebenslauf, 2. Militärpaß oder Stammtafel, 3. Militärische Führungs- und Dienstleistungszeugnisse, 4. Zeugnisse von Zivilstellen, 5. Polizeiführungszeugnisse (lückenlos von der Schulentlassung an bis zum Tage der Meldung), 6. Untersuchungsbefund eines Polizeiarztes des nächstgelegenen Schutzpolizei-Standortes. — Allgemeine Anstellungs-Bedingungen. — 1. Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit. 2. Alter 21—28 Jahre. Letzteres darf nicht überschritten sein. Bewerber müssen ledig sein. 3. Geringste zulässige Größe 1,65 Meter. 4. Vorhandensein einwandfreier Militärpapiere, guter Dienst-, Zivil- und einwandfreier polizeilicher Zeugnisse, 5. Angehörige des Heeres kommen für die Einstellung bei der Schutzpolizei nicht in Betracht. Befolgung erfolgt nach Gruppe II, alle 2 Jahre steigend. Außerdem werden Ortszuschlag der Ortsgruppe A, Ausgleichzuschlag und eine Wirtschaftsbeihilfe gewährt. Meldungen sind unter Beifügung der oben angegebenen Papiere zu richten an das Kommando der Schutzpolizei Dortmund.

— Schlechtes Hafenjahr. Das Jahr 1922 dürfte kein gutes Hafenjahr werden. Infolge der anhaltend kalten und regnerischen Witterung im Januar und Februar haben die ersten Junghafen schwer gelitten. Auch fehlte ihnen infolge des späten Eintritts der Vegetation jede Nahrung. Manche sind durch Kälte und Hunger eingegangen. Manche hat man völlig abgemagert aufgefunden, mancher ist unbeachtet zugrunde gegangen. Da der Ausfall des ersten Sazes des Meisters Lampe für das ganze Jahr von Bedeutung ist, da die jungen Häfinnen schon im gleichen Jahre Mutterpflichten zu erfüllen haben, so darf auf ein gutes Hafenjahr sicherlich nicht gerechnet werden.

+ Glörfeld, 17. Mai. Am Samstagabend hielt der Glörfelder Schweineversicherungsverein eine Vorstandssitzung ab, in der der Vorsitzende bekannt gab, daß in diesem Jahre schon eine große Zahl von Schweinen gefallen sei, wodurch die Kasse sehr in Anspruch genommen worden sei. Nach längerer Aussprache wurde eine Nachzahlung beschlossen und dieselbe auf 5 Mark pro Schwein und für neu aufgenommene Schweine auf 30 Mark festgesetzt. Um die Kasse schnell wieder aufzufüllen, werden die Mitglieder gebeten, die Nachzahlung sofort an die Deputierten zu leisten.

Schaltsmühle, 17. Mai. Am Samstag feierte die Sanitätskolonne Dahlebrück-Schaltsmühle im Lokale Kriegeskorte ihr 10-jähriges Bestehen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach dem Prolog, welcher von Fräulein Grüber verfaßt und von Fräulein Ackermann vorgetragen wurde, ergriff Dr. Feldermann das Wort. Er begrüßte zunächst die anwesenden auswärtigen Kolonnen, sowie die Gönner der hiesigen Kolonne und sprach ihnen seinen Dank aus für das warme Herz und offene Hand, die sie der Kolonne entgegengebracht und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es auch in Zukunft so bleiben möge. Ferner begrüßte

Sie riß ihm das Papier förmlich aus der Hand; im nächsten Augenblick lag der Briefumschlag zerrissen am Boden, und ihre Augen überflügten das Geschriebene:

„Meine liebe Maria,

mit Schmerz, der mir meine Gedanken, meine Hand beinahe lähmt, muß ich dir mitteilen, daß wir jetzt hüben sollen, was wir einst in Unkenntnis gefehlt haben. Mein Bruder Rüdiger wird dir das Nähere sagen; ich bin dazu außerstande. Nur das eine: wir müssen uns trennen, Maria! Eine höhere Macht bestimmt über uns! Doch habe keine Sorge, ich werde für dich und die Kinder sorgen.

Und ich danke dir für das, was du mir gewesen! Nie werde ich dich vergessen.

Stets Dein Ottomar.“

Nochmals las sie; halblaut, als traue sie ihren Augen nicht, was sie eben gelesen — das, das schrieb ihr Mann, das wagte er — diese leeren, inhaltslosen Worte — das nach fünfzehnjähriger Ehe, in der sie sich für ihn beinahe aufgeopfert und selbst die Hände geregt, wenn er nicht fähig gewesen, ausreichend für seine Familie zu sorgen!

Sie lachte bitter und höhnisch auf; Tränen sand sie nicht; wie ausgetrocknet waren ihr die Augen, die heiß und brennend in ihren Höhlen lagen.

„Nennen Sie den Inhalt von Ottomars Brief? Nein?“ — Nun, dann überzeugen Sie sich, was für ein erbärmlicher Feigling Ihr Bruder ist!“

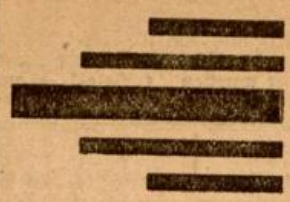
Als Rüdiger die wenigen phrasenhaften Worte las, überlief ihn eine heiße Schamröte, und im Stillen mußte er der Frau recht geben, daß sie ein so hartes Wort für den Bruder gebrauchte.

„Ottomar fügt sich, weil er einsieht, daß —“

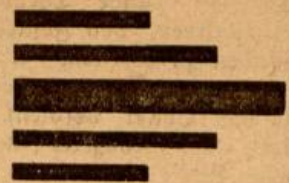
„Ah, sparen Sie alle Entschuldigungen für ihn. Mit ihm werde ich selbst abrechnen. Glauben Sie, ich lasse mich und diese da,“ sie deutete auf ihr Töchterchen, „und meinen großen Jungen ehelos machen? Meinen Kindern lasse ich den Vater nicht so leicht nehmen!“

„Und Sie haben Ottomar zu diesem Verzicht gezwungen? Ich kenne Sie ganz genau aus seinen Erzählungen; obwohl er so viel älter ist, als Sie, fürchtete er Sie doch immer —“

Fortsetzung folgt.



Pfingst-Angebot!



Wasch-Kleider in allen Farben	129.- 235.- 385.- 495.-
Dirndl-Kleider mit und ohne Schürze	170.- 285.- 410.- 550.-
Voile-Kleider in weiss, gift, rosa, hellblau	540.- 625.- 850.- 998.-
Voile-Kleider aparte Neuheiten	1125.- 1450.- 1875.- 2100.-
Waschblusen in hell und dunkel	75.- 98.- 145.- 198.-
Voile-Blusen mit langem und kurzem Arm	185.- 375.- 650.- 925.-

Hemd-Blusen in Zephir, Panama und Leinen	98.- 175.- 250.- 425.-
Alpaka-Mäntel in schwarz und marine	650.- 875.- 985.- 1250.-
Seiden-Mäntel schwarz, blau und farbig	785.- 975.- 1325.- 1550.-
Sommer-Mäntel imprägniert	398.- 525.- 750.- 1175.-
Seiden-Jacken in allen erdenklichen Farben	698.- 875.- 950.- 1275.-
Jumper in Wolle und Seide	298.- 485.- 575.- 650.- 789.-

Ferner in großer Auswahl:

Jackenkleider : Wollkleider : Seidenkleider : Tuchmäntel : Eoliennemäntel
Kostümröcke : Kindermäntel : Kinderkleider

Hagen i. W.
Elberfelderstr. 36.

SALOMONS

Dortmund
Brückstraße 52

DAMEN- UND KINDER-KONFEKTION.

Höchste Preise

erhalten Sie für

ZAHNGEBISSE

Gebisse bis 2500.- Mk.
Zähne bis 120.- Mk.
Brennstifte bis 600.- Mk.

Nur Sonnabend, den 20. Mai 1922,
im „Haus zur Fuhr“, Halver
9 bis 5 Uhr.

Unsere
großen Lager
ermöglichen es
uns

Küchen
Schlafzimmer
Speisezimmer

noch zu
billigen Preisen
zu verkaufen.

Christ. Niemeyer Nachf.
HAGEN,
Elberfelderstraße 36.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände
zu kaufen

Rörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. Westf.
Fernruf 1897 und 3965. 897

PIANOS

mit Klangsteg
D. R. G. M. 458 403

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
**Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente**
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit

Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

kaufen
Sie

vorteilhaft

auf Teilzahlung
bei

H. Seidemann

Hagen (Westf.)
Altenhagener Brücke 3

Bequeme **Abzahlung.**

Reelle Preise!

Solide Ware!

Deutsche Bank

Grundvermögen und Rücklagen
850 Millionen Mark.

Zweigstelle Gummersbach.

Telefon-Nr. 246 und 642,
Reichsbankgirokonto,
Postscheckkonto Köln Nr. 108251.

eigene Filiale in Amsterdam,
Heerengracht 380/82.

Eröffnung von laufenden Rechnungen.
— Depositen- und Scheckverkehr.
An- und Verkauf von Wechseln
und Schecks auf alle bedeutenden
Plätze des In- und Auslandes.
Vermittlung von Börsengeschäften
an in- und ausländischen Börsen,
sowie Gewährung von Vorschüssen
gegen Unterlagen.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Milchversandscheine

liefert die

Geschäftsstelle dieser Zeitung



**Turn-Verein
Oberbrügge.**

Samstag, den 20. Mai
abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal
Versammlung.

Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.

Abends 8 Uhr:
Vorstandssitzung.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.



**Freiwillige
Feuerwehr
Neuenhaus.**

Sonntag, den 21. Mai,
morgens 7 Uhr

Übung.

Nachher Verteilung der neuen
Mützen Um vollständiges Er-
scheinen bittet

Das Kommando.

Meinerzhagen-Walbert
Kierspe-Rönsfahler
Pferdeversicherungs-Verein.

Hauptversammlung
am Sonntag, den 21. Mai
1922, nachmittags 5 Uhr in
Wildenfuhlen.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung.
2. Jahresbericht.
3. Vorstandswahl.
4. Festsetzung der Beiträge und
Versicherungssumme.
5. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Die Frühjahrstage findet in
Meinerzhagen am Freitag, den
26. Mai, vorm. 10 Uhr und
in Wildenfuhlen an demselben
Tage nachmittags 2 Uhr statt.

Eine gute Copie
erzielen Sie nur

mit Barged-

Kopier-Tücher.

Vorrätig in der Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

Erhielt heute eine große Sendung

Zigarretten

verschiedener Marken.

Adolf Boswinkel

Halver — Elberfelderstraße.

Klavier-Unterricht

erteilt konservat. ausgebildete
Musiklehrerin im Hause des
Schülers. Anmelde. erbeten
Kierspe-Bahnhof, Hotel Bastian.

Schützen Sie

sich, auch wenn Sie
ganz geringe Kapitalien
oder Spargelder

haben. Wir geben wertvolle
unverbindliche Auskunft.

Finanzierung u. Kommission.
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin S. W. 68.

Eine gute milchgebende

Ziege

zu kaufen gesucht.

J. Steinhauer,
Deckinghausen.

Samstag früh, den 20. Mai

erhalte ich eine große Auswahl

**Oldenburger
Schweine.**

Hugo Kerspe, Halver,
Telefon 52.

Erhalte Samstag, den 20. d.
Mts eine Sendung prima

**Oldenburg.
Schweine.**

Wilh. Fackbender,
Meinerzhagen.

Haben Samstag, den 20. 5
wieder

**Oldenburg.
Schweine**

an unserem Hause.
Berges & Worlinghaus,
Kierspe-Bhf.